



Politik

Kennedy setzt Deutschland auf die Anklagebank

12. Januar 2026

4,4 Minuten Lesezeit

von [Thomas Oysmüller](#)

Deutliche Worte hat US-Gesundheitsminister Robert F. Kennedy Jr. an seine deutsche Kollegin gerichtet. Er wirft Deutschland vor, die medizinische Autonomie der Bürger massiv einzuschränken und politisch motivierte Strafverfolgungen gegen Ärzte und Patienten durchzuführen.

Es ist ein höchst ungewöhnlicher Schritt: Ein Gesundheitsminister wendet sich per Video an einen seiner Kollegen. Robert F. Kennedy Jr., US-Gesundheitsminister, meldet sich per X-Video bei der deutschen Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) – zusätzlich zu einem Brief. Der Schritt sei notwendig, da Deutschland Ärzte und Patienten strafrechtlich verfolgt, die Masken- und Impfausnahmen ausgestellt und in Anspruch genommen hatten.

Am Samstag veröffentlicht Kennedy das Video. Hier die deutsche Übersetzung:

„Hallo, ich bin Robert F. Kennedy Jr., der US-Gesundheitsminister.

Heute möchte ich Ihnen von einem Brief erzählen, den ich gerade an die deutsche Bundesgesundheitsministerin Nina Warken geschickt habe, weil das, was derzeit in Deutschland passiert, eine klare öffentliche Reaktion der Vereinigten Staaten von Amerika erfordert.

Mehr als 1.000 deutsche Ärzte und Tausende ihrer Patienten droht eine Strafverfolgung, weil sie während der Pandemie Ausnahmen vom Tragen von Masken oder von COVID-19-Impfungen ausgestellt haben.

Wenn eine Regierung Ärzte kriminalisiert, weil sie ihre Patienten beraten, überschreitet sie eine Grenze, die freie Gesellschaften immer als heilig betrachtet haben.

In meinem Brief erkläre ich, dass Deutschland Ärzte ins Visier nimmt, die ihre Patienten an erste Stelle setzen, und Bürger bestraft, die ihre eigenen medizinischen Entscheidungen treffen. Die deutsche Regierung verletzt nun diese Arzt-Patienten-Beziehung, indem sie sie meldet und durch ein gefährliches System ersetzt, das Ärzte zu Vollstreckern staatlicher Politik macht.

Ihre Gesundheit ist unter diesem System nicht mehr die Priorität Ihres Arztes. Stattdessen dienen Ihre Ärzte dem Wohl, wie es von nicht gewählten Technokraten ohne medizinische Ausbildung bestimmt wird.

Jeder kann die Gefahr in diesem System erkennen. Keine Demokratie, die auf Vertrauen und Transparenz gegründet ist, sollte in diese Richtung gehen. Patienten müssen immer die Freiheit haben, persönliche medizinische Entscheidungen ohne Zwang oder politischen Druck zu treffen. Dieses Prinzip bildet das Fundament jeder demokratischen Nation.

Aber die Berichte aus Deutschland zeigen eine Regierung, die die Autonomie der Patienten beiseiteschiebt und die Fähigkeit der Menschen einschränkt, nach ihren eigenen Überzeugungen zu handeln, wenn sie medizinische Entscheidungen treffen.

Während der COVID-Ära haben Regierungen auf der ganzen Welt ihre Autorität erweitert. Sogar in Amerika wurden Ärzte ungerechtfertigt angegriffen, weil sie den Status quo in Frage stellten. Deutschland folgte diesem gleichen Muster, und nun stellen Ärzte, die Fragen stellten, offizielle Direktiven in Frage, droht ihnen Verurteilung, der Verlust ihrer Lizenzen und sogar das Exil aus ihrem Beruf.

Viele dieser Ärzte haben persönliche und berufliche Risiken auf sich genommen, weil sie glaubten, dass ihre Pflicht gegenüber ihren Patienten es erforderte. Sie hielten sich an ihren hippokratischen Eid in einem Moment, in dem Regierungsinstitutionen strenge Konformität mit staatlichen Vorgaben forderten.

Solche Handlungen untergraben das öffentliche Vertrauen. Sie schwächen die Glaubwürdigkeit medizinischer Institutionen und des Rechtssystems, das den öffentlichen Schutz gewährleisten soll. Wenn

Entscheidungen aus Angst und nicht aus offener Diskussion entstehen, zahlen Gesellschaften noch lange danach den Preis.

Deshalb fordere ich die deutsche Regierung auf, den Kurs zu ändern, diese Strafverfolgungen zu beenden, ungerechtfertigt widerrufenen Lizenzen wiederherzustellen, aufzuhören, Ärzte zu bestrafen, die in gutem Glauben gehandelt haben, um ihre Patienten mit Integrität zu bedienen, und den Deutschen zu erlauben, ihre eigenen informierten medizinischen Entscheidungen zu treffen.

Deutschland hat lange einen respektierten Platz in der globalen Gemeinschaft eingenommen als eine Nation, die sich demokratischen Werten und Menschenrechten verpflichtet fühlt. Politik, die Dissens unterdrückt, die Rede zum Schweigen bringt, die medizinische Entscheidungsfindung kriminalisiert, untergräbt dieses Erbe.

Secretary Kennedy  

@SecKennedy · [Folgen](#)



Reports coming out of Germany show a government sidelining patient autonomy and limiting people's abilities to act on their own convictions when they face medical decisions. That is why Friday, I sent a letter to Germany's Federal Minister of Health, Nina Warken.

In my letter, [Mehr anzeigen](#)

[Auf X ansehen](#)

2:55 nachm. · 11. Jan. 2026



17.314



Antworten



Link kopier.

[2.510 Antworten lesen](#)

Eine selbstbewusste Regierung hört auf ihre Bürger. Eine freie Gesellschaft schützt die Rechte zu denken, zu fragen und zu wählen.

In meinem Brief habe ich klargestellt, dass Deutschland die Gelegenheit und die Verantwortung hat, diesen Kurs zu korrigieren, die medizinische Autonomie wiederherzustellen, politisch motivierte Strafverfolgungen zu beenden und die Rechte zu wahren, die jede demokratische Nation verankern.

Die Geschichte wird festhalten, wie Führer in Momenten wie diesem reagieren. Vielen Dank.

Schnell kam die empörte Reaktion aus Berlin. Für Warken sind Vorwürfe „völlig unbegründet, faktisch falsch und zurückzuweisen“ zurück. Auch Covid-Minister Lauterbach mischte sich ein. Kennedy löste jedenfalls eine Debatte aus, die allerdings entlang der üblichen Gräben läuft. Covid-Verteidiger kritisieren Kennedy sowieso, ganz egal was von ihm kommt, ist er doch „Impfgegner“.

Der EU-Abgeordnete Friedrich Pürner, selbst Arzt, kommentierte nochmal die damalige Situation in Deutschland für Ärzteschaft und Patienten: *„In der Corona-Zeit wurde medizinische Meinung zur Staatsangelegenheit. Liberal war da nichts! Ärzte, die die Staatsmeinung ablehnten, riskierten ihren Job. Es ging nicht um Patientenwohl – sonst hätte jeder frei entscheiden können, ob er sich impfen lässt.“*

Unsere Arbeit ist spendenfinanziert – wir bitten um **Unterstützung.**

Folge TKP auf **Telegram oder **GETTR** und **abonniere unseren Newsletter**.**

[Angriff Kennedys auf mRNA-Stoffe \(https://tkp.at/2025/08/06/angriff-kennedys-auf-mrna-stoffe/\)](https://tkp.at/2025/08/06/angriff-kennedys-auf-mrna-stoffe/)

[Kennedy entlässt komplettes Impfgremium \(https://tkp.at/2025/06/10/kennedy-entlaesst-komplettes-impfgremium/\)](https://tkp.at/2025/06/10/kennedy-entlaesst-komplettes-impfgremium/)

WERBUNG

